

STADTENTWICKLUNG koopstadt

koopstadt-Workshop der lokalen Projektakteure
aus dem Themenfeld „Regionale Kooperation, räumliche Vernetzung
und neue Aktionsräume“

„Stadt ist Region“ und „Wasser-Region“

REPORT



Bremen, 17. bis 18. Mai 2011

INHALT

Vorbemerkung	3
Projektfamilie „Stadt ist Region“	5
Projektfamilie „Wasser-Region“	10
Abendveranstaltung „Kultur und Einzelhandel in der Region Bremen“	15

ABLAUF

Dienstag, 17. Mai 2011 (Lichthaus, Hermann Prüser Str. 4)

13.40 Uhr	Begrüßung und Einführung
ab 14.00 Uhr	Arbeit in den Projektfamilien (Teil 1)
19:00 Uhr	Abendveranstaltung „Kultur und Einzelhandel in der Region Bremen“

Mittwoch, 18. Mai 2011 (Lichthaus, Hermann Prüser Str. 4)

ab 9.00 Uhr	Arbeit in den Projektfamilien (Teil 2)
10.30 Uhr	Verständigung zum Positionspapier
12.00 Uhr	Vorstellung der Ergebnisse

IMPRESSUM

Veranstalter und Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Stadt Leipzig

Dezernat Stadtentwicklung und Bau

Stadt Nürnberg

Wirtschaftsreferat

Koordinierende Geschäftsstelle

www.koopstadt.de / info@koopstadt.de

Konzept und Redaktion

Iris Reuther, Andreas Paul, Aniko Szücs

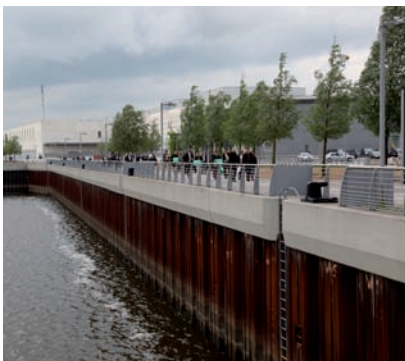
Büro für urbane Projekte, Leipzig

in Zusammenarbeit mit der **koopstadt-**
Gruppe und deren Vertreter aus Bremen,
Leipzig und Nürnberg

Gestaltung/Fotos

Frank-Heinrich Müller, Photographiedepot,
Büro für urbane Projekte, Leipzig

Vorbemerkung



Die Projektfamilien „Stadt ist Region“ und „Wasser-Region“ kamen im Mai 2011 in Bremen das zweite Mal zusammen, nachdem sie sich im April 2010 in Nürnberg kennengelernt hatten. Die Gesprächsrunden in der Überseestadt boten die Gelegenheit, den Faden wieder aufzugreifen. Die Projektfamilie „Stadt ist Region“ legte im Lichthaus den Fokus bewusst auf das Thema „Einzelhandel“ und diskutierte sehr intensiv über die Bedingungen funktionierender Strukturen zwischen Stadt und Region. Die Projektfamilie „Wasser-Region“ konnte unter dem Dach von hanse-Wasser über gemeinsame Fragestellungen zur Arbeit an Gewässerkonzepten genauer sprechen: Nutzungskonflikte, Beteiligungsverfahren und die regionale Dimension des Themas. Der Spaziergang durch die Water-

Ökonomische Innovation, kreative Millieus und Beteiligung	Transformationsstandorte als Teil der Stadt	Kreative Raumeroberung	
		Raum für Kultur und Kreativwirtschaft	Zwischennutzung als Normalfall der Stadtentwicklung
Regionale Kooperation, räumliche Vernetzung und neue Aktionsräume	Stadt ist Region	Wasser-Region	
Urbane Lebensqualität, ökologischer Wandel und sozialer Zusammenhalt	Bildung im Quartier	Stärkung der Innenstadt	Klimagerechte und ökologische Stadtentwicklung

front, ein neues Einkaufszentrum, hindurch an das Ufer der Weser, die Tour mit einem Schiff zur Innenstadt und schließlich die Busfahrt über die Stadtgrenze hinweg zu einer Soirée auf Gut Varrel in der Gemeinde Stuhr gaben einen Einblick in die Situation von Stadt und Region Bremen.

Der vorliegende Report berichtet über die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse und Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit.

Dank

Ein besonderer Dank geht an die Vertreterinnen und Vertreter der Freien Hansestadt Bremen und ihre Projektpartner, insbesondere den Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. für die Gastfreundschaft und die gelungene Veranstaltung in anregender Atmosphäre. Zugleich gebührt allen Mitwirkenden in den Workshops ein Dankeschön der Veranstalterinnen für ihr Interesse, ihr Engagement und die vielen konstruktiven Beiträge.



Stadt ist Region

Beim Nürnberger Workshop im April 2010 war vereinbart worden, den Erfahrungsaustausch der Projektfamilie auf das Thema „Einzelhandel“ zu fokussieren und hier die in den drei Städten anstehenden Fragen zu den kommunalen und regionalen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen zu behandeln. Die regionale Kooperation zur Zentrenentwicklung manifestiert sich vor allem in der Abstimmung und Steuerung der Einzelhandelsentwicklung. Diese wird von den drei Städtepartnern als „Nagelprobe“ für eine gelingende regionale Kooperation verstanden.

Die Kooperation in der Region hinsichtlich der Zentren- und Einzelhandelsentwicklung greift ein seit vielen Jahren schwelendes Konfliktfeld der Stadtentwicklung auf. Das planungsrechtliche Instrumentarium, das auf Bundesebene in den letzten Jahrzehnten wiederholt angepasst wurde, stößt in der kommunalen Planungs- und Genehmigungspraxis immer noch und immer wieder an Grenzen in der Umsetzung. Mit wachsendem Problemdruck scheint auf allen Seiten die Erkenntnis zu wachsen, dass regional abgestimmtes Handeln notwendig ist. Gleichwohl ist es in der Konkurrenz gleichberechtigter Kommunen nicht nur kommunalpolitisch schwer zu vermitteln, dass ein punktueller, standortbezogener Wachstumsverzicht für Kommune und Region von beiderseitigem Vorteil sein kann.

Daraus ergaben sich die konkreten Fragestellungen, die im Workshop der Projektfamilie genauer behandelt wurden und in das Positionspapier der Projektfamilie einfließen werden.

Wasser-Region

Die stadträumliche Vernetzung und Ansätze eines kooperativen und integrierten Miteinanders der Kommunen und Institutionen im Verflechtungsbereich der Städte stehen hier im Fokus. Über das Thema Wasser-Region wird einerseits die innerstädtische Dimension im Bereich urbaner Lebensqualität diskutiert, andererseits werden Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden Gewässerentwicklung in Beziehung gesetzt zu anderen Themen der regionalen Abstimmung und Kooperation.

Die Projektfamilie befasst sich mit zwei Ebenen: Zum einen geht es um eine regionale Kooperation zum Thema Wasser, das über gute Voraussetzungen für eine produktive Kooperation auf Grund offensichtlicher win/win-Effekte verfügt. Zum anderen geht es um konkrete Fragestellungen der Stadt- und Regionalentwicklung am und mit dem Wasser, die seitens der Projektfamilie als Ergebnis des Auftaktworkshops im April 2010 in Nürnberg gemeinsam weiter vertieft werden sollen. Im Workshop wurden deshalb die inhaltlichen Fragen zu den Querschnittsthemen in Anknüpfung an die umfangreiche Projektvorstellung im ersten Workshop nunmehr in drei Arbeitsgruppen behandelt:

- Beteiligung und Kommunikation;
- Nutzungskonflikte und Synergien (Wasserrahmenrichtlinie, Naturschutz, Uferzonen, ...);
- länderübergreifende und regionale Kooperation und Tourismus.

Teilnehmer/-innen

Für die Projektfamilien

Aus Bremen

- Jutta Diekmann, Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., Delmenhorst
- Richard Eckermann, Dezernent, Landkreis Osterholz
- Susanne Krebsler, Geschäftsführerin Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., Delmenhorst
- Karsten Nowak, Geschäftsführer Handelskammer Bremen

Aus Leipzig

- Kai Braun, Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt/Regionalplanung
- Sylvia Herrmann, Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
- Stefanie Komm, Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt, Abt. Stadtentwicklung
- Andrea Schötter, Industrie- und Handelskammer (IHK)

Aus Nürnberg

- Thomas Müller, Regierung von Mittelfranken, Regionsbeauftragter für die Industrieregion Mittelfranken
- Martina Stengel, IHK Nürnberg
- Frank Weyherter, Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt, Untere Landesplanungsbehörde

Für koopstadt

- Stefan Heinig, Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Stadtplanungsamt
- Dr. Stefan Bege, Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung
- Michael Ruf, Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt
- **Mentor:** Detlef Schobeß, Freie Hansestadt Bremen (SUBV), Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Prozessbegleitung

- Iris Reuther, Büro für urbane Projekte (Moderation)
- Antje Heuer, KARO* architekten (koopBLATT)



Den Faden wieder aufgreifen ...

Im Mittelpunkt des Austausches der Projektfamilie stehen die Erfahrungen mit regionaler Kooperation in variablen Raumstrukturen. Nach einer ersten Auseinandersetzung mit sehr unterschiedlichen regionalen Arbeitsstrukturen (Metropolregionen, Gewerbeflächenmanagement) wurde die Arbeit der Projektfamilie inhaltlich auf die regionale Abstimmung zur Entwicklung des Einzelhandels fokussiert.

Dieses Thema wird von den drei Städtepartnern und ihren institutionellen Partnern bei der Wirtschaft und in den Regionen als „Nagelprobe“ verstanden, ob und wann die Arbeits- und Entscheidungsstrukturen auch im Konfliktfall funktionieren und welche Instrumente hierfür erforderlich sind. Konkret sind die Fragen der regionalen, kommunalen und innerstädtischen Zentren- und Einzelhandelsentwicklung in den Mittelpunkt gerückt. Der Titel der Projektfamilie – „Stadt ist Region“ – wurde präzisiert und ist nun stärker programmatisch zu verstehen.

Die Kooperation in der Region hinsichtlich der Zentren- und Einzelhandelsentwicklung greift ein seit vielen Jahren schwelendes Konfliktfeld der Stadtentwicklung auf. Das planungsrechtliche Instrumentarium, das auf Bundesebene in den letzten Jahrzehnten wiederholt angepasst wurde, stößt in der kommunalen Planungs- und Genehmigungspraxis immer noch und immer wieder an Grenzen in der Umsetzung. Mit wachsendem Problemdruck scheint auf allen Seiten die Erkenntnis zu wachsen, dass regional abgestimmtes Handeln notwendig ist. Gleichwohl ist es in der

Konkurrenz gleichberechtigter Kommunen nicht nur kommunalpolitisch schwer zu vermitteln, dass ein punktueller, standortbezogener Wachstumsverzicht für Kommune und Region von beiderseitigem Vorteil sein kann.

Der Blick auf die Situation bei den drei Städtepartnern, eine vergleichende Betrachtung und der offene Austausch über eine regionale Abstimmung bei der kommunalen Umsetzung von Einzelhandelskonzepten gingen dabei von folgenden Thesen aus:

- Drängende Problemlösungsstrategien sind nur auf einer ganzheitlichen konzeptionellen Grundlage und mit Augenmaß umsetzbar.
- Die Überplanung von Baugebieten zur Steuerung der Standortentwicklung von Einzelhandelsnutzungen im Rahmen der Bauleitplanung hängt in starkem Maß vom Vertrauen auf die Verlässlichkeit der Partner in der Region bei deren Bauleitplanung ab.
- Transparente regionale Informations-, Abstimmungs-, Moderations- und Entscheidungsstrukturen sind Voraussetzung für eine verlässliche und stringente Anwendung des städtebaurechtlichen Planungsinstrumentariums in den Kommunen. Raumordnung und Landesplanung können unterstützen.

Das Ergebnis einer vergleichenden Betrachtung

Im Vorfeld zum Workshop fand in Regie von Detlef Schobeß, Mentor der Projektfamilie, eine Befragung zum Status Quo der Situation und Perspektive bei den drei Städtepartnern statt, die im Wesentlichen eine vergleichende Betrachtung folgender Themenschwerpunkte zulässt (siehe Anlage):

- Kommunales Einzelhandels- und Standortkonzept (Gibt es ein Konzept? Gibt es Ansiedlungsregeln? Wie werden sie erarbeitet und umgesetzt? Wie und mit welchen Partnern funktioniert die Abstimmung auf der regionalen Ebene?)
- Welche Vorgaben gibt es seitens der Raumordnung?
- Regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept (Gibt es ein Konzept oder wird es erarbeitet?)
- Welchen Umgang pflegen die Kommunen und ihre Partner in der Region im Falle konkreter Planungen und Ansiedlungen?

(Anmerkung: Das Ergebnis der Befragung wurde in den Workshop der Projektfamilie eingebracht und kann als Grundlage für das zu erarbeitende Positionspapier dienen sowie ggf. in Verbindung mit den Planungsdokumenten der drei Städtepartner untermauern.)

Status Quo bei den drei Städtepartnern

Stadt und Region Nürnberg

Frank Weyerter, Stadtplanungsamt Nürnberg
Thomas Müller, Regierung Mittelfranken

Der Vertreter der Stadt Nürnberg gibt in Ergänzung zu den bereits in der Projektfamilie vorgestellten Konzepten und Konstellationen in Bremen und Leipzig (siehe 1. Workshop der Projektfamilie im April 2010 in Nürnberg) an vier Beispielen einen Einblick in die aktuelle Situation zur regionalen Abstimmung bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten in der Region Nürnberg, konkret in der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach. Diese Vorgehensweise stützt sich bis dato auf ein Einzelhandelsmemorandum aus dem Jahre 1998, die Existenz von kommunalen Einzelhandelskonzepten bei den vier Städten sowie „Nachbarschaftskonferenzen“ als informelle Gremien. Zur Charakterisierung von vier beispielhaften Fällen benutzt Frank Weyerter jeweils eine Metapher:

- „Gute Freunde kann niemand trennen“ (hier ging es um eine erheblich große Ansiedlung, bei der die Kommune dem Projekt stattgab und ein Zielabweichungsverfahren angestrengt wurde);
- „Gute Freunde werden in Versuchung gebracht“ (hier

wollte und konnte man standhaft bleiben, so dass kein Raumordnungsverfahren angestrengt werden musste);

- „Aus Freunden werden Konkurrenten“ – „Wozu Feinde, wenn man solche Freunde hat...“ (hier lag der Kommune das eigene Hemd und damit die Ansiedlung näher als die „regionale Vernunft“);
- „Konkurrenten sitzen in einem Boot“ (im Falle von Standortentwicklungen mit erheblichen Potenzialen – u.a. sehr große Transformationsstandorte im Bestand – sind schließlich mehrere Kommunen einer Region zugleich betroffen).

Der Blick auf die verschiedenen Beispiele und ihre Nuancierung zeigt schließlich, dass ein „Kirchturmdenken“ (beim kommunalen Konzept und Handeln bei Ansiedlungsentscheidungen auf dem eigenen Territorium) dem Zentralitätsprinzip der Landesentwicklungsplanung, einem regional abgestimmten Konzept und schließlich dem Leitbild der kompakten europäischen Stadt latent entgegen stehen kann.

Der Vertreter der für die Region und den Raum Nürnberg zuständigen Regierung Mittelfranken ergänzt die durchaus polemisch gemeinte Darstellung seines Kollegen von der Stadt Nürnberg und meint: „Freunde – sprich Nachbarn – können Dinge auch offen ansprechen“. Bis dato setzt man also besser auf einen Prozess und sanften Druck in den eingespielten Strukturen. Derzeit befindet sich aber das Landesentwicklungsprogramm in der Fortschreibung und wird das Thema Zentren- und Einzelhandelsentwicklung aufgreifen.

Freie Hansestadt Bremen und Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V.

In der Region Bremen haben sich die Städte und Gemeinden im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. auf ein freiwilliges Moderationsverfahren bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsansiedlungen verständigt, dass seit etlichen Jahren angewendet wird. Zwischenzeitlich wurde vom Kommunalverbund mit gutachterlicher Unterstützung ein Regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept erarbeitet, dessen Anwendung von den Städten und Gemeinden vertraglich vereinbart werden soll. Dabei soll auch die Anwendung eines aktualisierten, an das aktuelle Städtebaurecht angepassten Moderationsverfahrens verlässlich vereinbart werden. Einzelne Kommunen haben das noch nicht beschlossene regionale Konzept bereits in ein kommunales Konzept überführt: Das kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadtgemeinde Bremen wurde 2009 durch das Kommunalparlament als städtebauliche Entwicklungsplanung gemäß Baugesetzbuch beschlossen.



Stadt und IHK Leipzig

Die Stadt und ihre Partner teilen die Erfahrungen aus Nürnberg und finden sich in den vier Versionen/Mottos über die Freunde wieder.

Kriterien für funktionierende Strukturen (1. Skizze Positionspapier)

Die Workshopteilnehmer bekennen sich insgesamt zu einem klaren Pro für regionale Einzelhandelskonzepte. Voraussetzung sind die Bekenntnisse der (großen) Kommunen zu ihren kommunalen Einzelhandelskonzepten und die Arbeit an einem geeigneten Klima, tragfähigen Strukturen und wirksamen Instrumenten auf der regionalen Ebene. Deshalb entwickelt die Projektfamilie folgende Positionen und empfiehlt entsprechende Handwerkszeugnisse:

1_Das Thema bei den Wurzeln anpacken....

- Problembewusstsein / Akzeptanz der Problemlagen, Risiken und Erfordernisse zur Einzelhandelsentwicklung vor allem bei den „kleineren Kommunen“ ausprägen und verankern;
- Das Oberzentrum kann und muss ein Vorbild sein;
- Die Wirkung der Landesplanung zum Tragen bringen;
- Positiv- und Negativbeispiele in ihren Ursachen und Effekten kommunizieren (Darstellung von Mehrwerten einer regionalen Strategie herausarbeiten);
- Die regionale Abstimmung durch gezielte Moderationsverfahren flankieren.

2_Der Ton macht die Musik / Kommunikation ist (fast) alles....

- Gleiche Augenhöhe und Schulterchluss zwischen den Entscheidern/Meinungsmachern herstellen;
- „Sanften Druck“ aufbauen, indem fachliche und politische Öffentlichkeit hergestellt wird;

- Regionale Identität (eigene Stärken) insgesamt behandeln und das Thema Einzelhandel/Standortentwicklung damit verknüpfen (also integriert argumentieren und vorgehen);
- Überzeugende Anschaulichkeit der Dokumente, Kriterien und Parameter in den Konzepten „Planungsdickicht“ (und Planungsdeutsch....) vermeiden;
- Fortbildung für alle im Prozess fachlich agierenden und politisch entscheidenden Akteure organisieren

3_Das Konzept (rsp. das regionale Konzept und die darauf aufbauenden kommunalen Konzepte) gut aufgleisen...

- Spielräume belassen und aufzeigen;
- Präzedenzfälle vermeiden, aus Fehlern lernen;
- Essentials regeln (Bewertungskriterien, Verfahrensschritte, Ansiedlungsregeln für Größenordnungen und Sortimente);
- Grundlagen (Verhandlungsmasse, Sprachregelungen) formulieren;
- Bestandsbewertungen mit Standortkonzepten verknüpfen.

4_Verbindlichkeit herstellen...

- Moderationsverfahren entwickeln und etablieren;
- Evaluationen (Check up und Monitoring) einbauen sowie fachlich und politisch reflektieren;
- Verbindlichkeiten regeln (Pflichtenhefte, to-do-Listen für die Partner);
- Anpassungspflicht der Bauleitplanung im gesetzlichen Rahmen regeln/handhaben;
- Fortbildung / Qualifikation der für die Steuerung Zuständigen organisieren.

5_Die Erfolgsfaktoren benennen...

- Standorte auch alternativ und in jedem Falle komplex (in ihrer räumlichen und regionalen Einbindung/Wirkung) behandeln;
- Übersetzung der regionalplanerischen Abstimmung resp. der Vereinbarung in kommunal zu verantwortendes Bauplanungsrecht herunterbrechen und begründen (Abwägungsaufgabe in der Bauleitplanung, Qualifizierungsverfahren für Projekte);
- Mehrebenenprinzip und schrittweise Regelungen kultivieren;
- Rückkopplung mit der aktuellen Rechtslage (Gesetzgebung und Rechtsprechung) herstellen und in die Verfahren integrieren.

6_Landesplanung und kommunale Planung müssen ineinander greifen (Gesetzliche Grundlagen)...

- Schutzfunktion der Landesplanung (Vorgaben) und damit Rahmensetzung für ein regionales Einzelhandelskonzept berücksichtigen oder untermauern;
- Durchsetzungskraft (politischer Wille) und Unterstützung (finanzielle Anreize) erhöhen;
- Umgang mit bestehendem Baurecht in den Blick nehmen (Großflächiger Einzelhandel auf der Grünen Wiese 2.0...);
- Länderübergreifende Abstimmungen herbeiführen, wo sie wegen der administrativen und räumlichen Strukturen erforderlich sind.

7_Jede Stadt mit ihrer Region ist anders und muss ihren eigenen Weg finden...

Die jeweilige administrative Raumkonfiguration und die Steuerungsmöglichkeiten der Zentren- und Einzelhandelsentwicklung stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Daraus ergeben sich schließlich die konkreten Ansätze für eine regionale Kooperation in einem auf das Thema Einzelhandels- und Zentrenentwicklung zugeschnittenen Aktionsraum. Eine vergleichende Betrachtung zu den räumlichen Fenstern, administrativen Grenzen und Kooperationsstrukturen bei den drei Städtepartnern kann dies sehr anschaulich verdeutlichen:

- Bremen kann das auf freiwilliger Übereinkunft beruhende Agieren in einem Kommunalverbund mit einem Staatsvertrag zwischen dem Land Bremen und dem Land Niedersachsen kombinieren.
- Leipzig agiert vor dem Hintergrund eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Sachsen-Anhalt auf der stadtreionalen Ebene mit dem benachbarten Oberzentrum Halle und zugleich in einem Städtenetz der Kernstädte in der Metropolregion Mitteldeutschland.
- Nürnberg stützt sich auf ein funktionierendes Städtenetz und austariertes Kooperationsklima in der Metropolregion Nürnberg.

Offene Fragen für die weitere Arbeit der Projektfamilie

Mit Blick auf den erreichten Diskussionsstand und die weitere Durchdringung des Themas als Kernaufgabe der integrierten Stadtentwicklung schlagen die Workshopteilnehmer der Projektfamilie folgende Vertiefungen zum Thema vor:

- Angesichts der vorgestellten Planungsinstrumente und Absichten bei den drei Städtepartnern macht es Sinn, in drei Jahren erneut eine vergleichende Betrachtung anzustellen und den dann erreichten Stand der Dinge zu evaluieren. Kriterien und Messlatte wären die o. a. Punkte zu einem Thesen- und Positionspapier (Was bewährt sich: sanfter Druck oder doch besser Sanktionen? Gibt es dann wirklich Limits für das „Wettrüsten“? Kommt es zu Abweichungen von der „reinen Lehre“? Was passiert, wenn einer wirklich „über die Stränge schlägt“?)
- Die Auswirkungen des demographischen Wandels (und ggf. auch der Klimaanpassungsstrategien hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens) werden zu neuen Nachfragekulissen, Versorgungsstrukturen der Nahversorgung und Zentren sowie zu neuen Standortanforderungen führen, die es kritisch zu reflektieren gilt;
- Koopstadt sollte dabei auch die Perspektiven der „kleinen Kommunen“ und deren Stärken thematisieren (also einen Perspektivenwechsel heraus aus den Kernstädten vollziehen und sich in die Nachbargemeinden der Region und der Mittelzentren hineinversetzen);
- Genauer zu hinterfragen wäre das „Schicksal“ der alten Bebauungspläne und damit der Umgang mit Standorten im Bestand, wenn regionale Einzelhandelskonzepte (wie z.B. in Bremen) wirklich greifen oder Standorte auf der grünen Wiese aus den vergangenen Jahr(zehnt)en „auf der Kippe stehen“;
- Von besonderem Interesse ist der weitere Austausch unter den Workshopteilnehmern über Erfahrungen zur Anpassungspflicht und der aktuellen Rechtsprechung;
- Vom Einzelhandel wäre der Blick auf weitere Nutzungskulissen (z.B. Gewerbestandorte) zu richten.

Hinweis auf Material zur Arbeit der Projektfamilie

2. Workshop 2011

- Detlef Schobeß (Bremen): *Zusammengefasste Ergebnisse einer Abfrage in Stadt und Region als inhaltliche Vorbereitung des Workshops (vergleichende Betrachtung Bremen, Leipzig, Nürnberg)*

- Präsentation „Einzelhandelsgroßprojekte und ihre (regionale) Abstimmung – Beispiele aus der Region Mittelfranken“ (Frank Weyerter, Stadtplanungsamt Nürnberg, Mai 2011)

1. Workshop 2010

- Präsentation „Kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept, Einführung beim Koopstadt-Workshop der Projektakteure“ (Detlef Schobeß, Bremen, 15.4.2010)

- Präsentation „Einzelhandels- und Zentrenkonzepte: Bestandsaufnahme im Kammerbezirk Leipzig“ (Andrea Schötter, IHK Leipzig, April 2010)

- Präsentation „Handelsentwicklung in Leipzig, Stadtentwicklungsplan Zentren 2009“ (Stefanie Komm, Leipzig, April 2010)

Teilnehmer/-innen

Für die Projektfamilien

Aus Bremen

- Reinhard Behr, Grünordnung, Der Senator für Umwelt, Bau, und Verkehr (SUBV)
- Dirk Hürter, Flächen-, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, SUBV
- Axel König, Stadtplanung Bezirk Süd, SUBV
- Anke Preiß, Flächen-, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, SUBV
- Carsten Tornow, Wasser- und Deichrecht, Obere Wasserbehörde, SUBV
- Georgia Wedler, Referatsleiterin Stadtplanung Bezirk West, SUBV

Aus Leipzig

- Frank Fechner, Wasser-Stadt-Leipzig e.V.
- Wolfgang Klinnert, Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer
- Andreas Schulz, Saale-Elster-Kanal Förderverein e.V.
- Angela Zábojník, Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer

Aus Nürnberg

- Michael Baranowski, Wirtschaftsreferat, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung, Gebietsteamleiter Altstadt
- Thomas Fichte, 2. Bürgermeister, Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg, Wasserwirtschaft, Gebietsteam Wasser
- Sarah Grünfelder, Umweltreferat, Umweltamt, Gebietsteam Wasser
- Karen Kampe, Baureferat, Stadtplanungsamt
- Maria Martens, Umweltreferat, Umweltamt, Gebietsteamleiterin Wasser
- Elisabeth Meisel, Baureferat, Stadtplanungsamt

Für koopstadt

- Dr. Ralph Baumheier, Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau, und Verkehr (SUBV), Fachbereich Bau und Stadtentwicklung
- Dr. Arne Sünemann, Freie Hansestadt Bremen, SUBV, Fachbereich Bau und Stadtentwicklung
- Christina Kahl, Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Stadtplanungsamt
- Ruth Rabenberg, Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Stadtplanungsamt
- Andrea Hilker, Stadt Nürnberg, Umweltamt
- Michael Ruf, Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt
- **Mentor:** Michael Lang, Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung

Prozessbegleitung

- Aniko Szücs, Büro für urbane Projekte (Moderation)



Den Faden wieder aufgreifen ...

Im ersten Workshop der Projektfamilie berichteten die Mitwirkenden über vielfältige Projekte und strategische Ansätze und stellten gemeinsam fest, dass die Städtepartner spezifische Zugänge zum Thema Wasser als konstituierendes Element der Raum- und Stadtstruktur sowie als Gegenstand der Stadt- und Regionalentwicklung haben. Dennoch ließ sich konstatieren, dass die Rahmenbedingungen und Herausforderungen vergleichbar und deshalb in der Projektfamilie zu behandeln sind.

Dabei stellten sich drei Querschnittsthemen als besonders relevant heraus:

Nutzungskonflikte und Synergien

Insbesondere die Umsetzungen der weitreichenden Ziele der EU zum Lebensraum- und Artenschutz (Wasserrahmenrichtlinie, FFH- und Vogelschutzrichtlinie, Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000) werfen neue Fragen zum Umgang mit Konfliktsituationen aber auch zur Nutzung der entstehenden Synergien auf. Deshalb wird dieser Themenkomplex am Beispiel des Integrierten Bewirtschaftungsplanes Weser (IBP) durch einen Impuls von Dirk Hüter (Bremen) aufgegriffen.

Umsetzung von Planungskonzepten

Viele das Wasser betreffende Planungen der drei Städte sind bisher auf einer strategischen Ebene angesiedelt. Die Realisierung der in informellen Planungen verankerten Ziele und Maßnahmen bedarf verbindlicher Absprachen und Regelungen. Diese Fragestellung wird im Beitrag von Angela Zábojnik (Leipzig) zum Touristischen Gewässerverbund der Region Leipzig thematisiert.

Beteiligung und Kommunikation

Eine funktionierende und aktivierende Kommunikation sowie eine Beteiligung interner und externer Partner sind grundlegende Voraussetzungen, um Konzepte und Projekte zum Thema Wasser umzusetzen. Schlüsselfragen sind dabei, wie sich integrierte Planungsprozesse auch über einen längeren Zeitraum hinweg organisieren und sich parallele Prozesse und verschiedene Fachressorts einbeziehen lassen. Schwieriger noch gestalten sich überregionale Vorhaben sowie die stadtinterne Öffentlichkeitsarbeit und die aktive Beteiligung der zahlreichen Interessengruppen. Die Nürnberger Projekte „Wörder See“ und „Zaboquelle“ als Bausteine eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Nürnberg am Wasser“ – vorgestellt von Maria Martens und Sarah Grünfelder (Nürnberg) - boten einen guten Einstieg in die Diskussion zu diesem Themenfeld.

Erkenntnisse und Ergebnisse

1_Konflikte und Synergien

Wasser kennt keine Grenzen...

Gewässer haben eine starke emotionale Bedeutung für die Menschen, es ist ein Teil der Heimat und ein Motiv für Identifikation. Deshalb fördert die Thematisierung und konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Wasser die Kommunikation, erfordert aber bei Planungen die Kooperation zwischen vielfältigen Akteuren und verschiedenen räumlichen Ebenen.

Gewässer erfordert eine integrierende Planung: Soziales, Freizeit- und Freiraumthemen und Verkehr gehören auch immer zur Gewässerplanung, wenn eine hohe Akzeptanz erreicht werden soll.

Hier liegt die Krux: die Zusammenarbeit über verschiedene strukturelle Ebenen hinweg, da Gewässer häufig gemeindliche, regionale und sogar Ländergrenzen überqueren.

Mehr Spielräume und Komplexität in formellen Planungsverfahren und im Zusammenspiel von Restriktionen...

Viele Gewässer sind unterschiedlichen Nutzungsansprüchen ausgesetzt, die es auszugleichen gilt. Insbesondere bei der Umsetzung der EU-Richtlinien kommen Flächenkonkurrenzen hinzu: Für Schutzzwecke werden Gebiete benötigt, auf denen häufig bereits etablierte Nutzungen stattfinden. Für diese Konflikte gibt es bereits erprobte Lösungsansätze von der Organisation und Aufwertung von Ersatzflächen bis hin zum reinen Flächentausch oder auch einer „integrierten Lösung“, bei der alle Aspekte berücksichtigt werden, soweit dies faktisch und fachlich möglich ist.

„Schmuse-Faktoren“ und Anschaulichkeit werden gebraucht...

Die zentrale Herausforderung besteht darin, die komplexen und fachlich komplizierten Ziele in angemessener Form an die Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln. Die Kommunikation und Überzeugungsarbeit muss dabei frühzeitig und stetig erfolgen. Als konkrete Ansatzpunkte können die Umweltbildung von Schülern aber auch projektspezifische Aufklärung von Multiplikatoren außerhalb der Planungsbehörden angeführt werden.

Neben der allgemeinen Aufklärung über Umweltthemen (auch über neue Medien) ist eine direkte Kommunikation mit Akteuren und Betroffenen über konkrete Projekte von Bedeutung. Hierbei ist Flexibilität und Kreativität auch bei der Art und Weise der Ansprache der Bürger gefragt. Gespräche und Vereinbarungen auf Augenhöhe zur Vertrauensbildung sind angezeigt. Ebenso sind intensive Kooperationen der Umweltpolitik mit der Stadtplanung und dem Städtebau

ratsam, um die Ziele der Fachplanungen durch städtebauliche Maßnahmen und als Qualifizierung des öffentlichen Raumes sowie der „Stadtlandschaft“ stärker in Wert zu setzen und auf der Bild- und Vorstellungsebene zu behandeln. Die offensive Darstellung des Mehrwertes eines Projektes stärkt die Akzeptanz durch die Bürger.

Vom Optimum für eine Seite zum Konsens auf mehreren Seiten...

Die nachvollziehbaren Anforderungen der Finanzgeber von Maßnahmen (beispielsweise des Hochwasserschutzes) stehen unter Umständen der integrierten Planung entgegen: Ein Planfeststellungsverfahren prüft ausschließlich die naturwissenschaftlich und technisch begründeten fachlichen Anforderungen. Es stellt sich die Frage, wie im Rahmen von formellen Verfahren ein Mehr an Flexibilität erlangt werden kann. Sektorale Sichtweisen der verschiedenen Fachämter sind zu überwinden, wechselseitiger Respekt zu erzeugen. Auch auf der Behörden-Ebene ist ein großes Maß an Kommunikations- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Ziel soll es sein, nicht das jeweils eigene fachliche Optimum anzustreben, sondern das „relative Optimum“, also einen guten Kompromiss oder besser noch: einen Konsens.

Ressourcen für Begleitprozesse zahlen sich aus...

Ein zentraler Punkt sind die Ressourcen – personell wie finanziell. Für Projekte stehen ländersseitig oftmals kurzfristig Gelder zur Verfügung, aber auf kommunaler Ebene fehlen die Mitarbeiter, um die Projekte zu bearbeiten und die Prozesse zu begleiten, damit die Finanzierung rechtzeitig abgerufen werden kann. Hier ist eine Entzerrung durch gute konzeptionelle Vorarbeit ein Lösungsansatz. Bei diesem Ansatz ist besonders wichtig, aber auch besonders schwierig, die Bürger einzubinden, da Vorhaben zunächst – unter Umständen über einen längeren Zeitraum hinweg – auf einer konzeptionellen Ebene bleiben, bis Gelder zur Umsetzung kurzfristig abgerufen werden können. Gelingt jedoch, eine realistische Vorplanung und eine stetige allgemeine und konkrete, auf die spezielle Situation zugeschnittene Einbindung der Bürger, so kann dies bewirken, dass die nachfolgenden formellen Verfahren vereinfacht werden und schneller durchgeführt werden können.

2_Kommunikation und Beteiligung

Die Eingangsfragen waren: Wie kann ein in seinen Ergebnissen zunächst offener Planungsprozess gestaltet werden? Wie organisiert man integrierte Prozesse langfristig? Wie bindet man die Öffentlichkeit in langfristige Projekte ein und wie kann man Störungen und Konflikte auf einem langen Weg heilen?

Lange Fristen brauchen eine kluge Dramaturgie...

Die Erfahrung zeigt, dass sich im Verlauf eines langfristigen Planungsprozesses nicht nur die Rahmenbedingungen verändern, sondern auch die Konventionen, Haltungen und Erwartungen der Stadtgesellschaft im Wandel sind. Bereits im Vorfeld konkreter Planungen sollte daher geklärt werden, welche Zielgruppen wann und weshalb beteiligt werden. Auf dieser Basis kann eine geeignete, auf die Situation zugeschnittene Kommunikationsstrategie entwickelt werden. Dabei werden die neuen Medien künftig ein stärkeres Gewicht haben. Grundsätzlich ist eine breite Beteiligung das Ziel. Weiterhin scheint es ratsam, im Vorfeld die Rolle der Verwaltung zu klären, da dieser häufig unterstellt wird, parteiisch zu agieren.

Bei langfristigen Planungsprozessen wechseln sowohl Akteure innerhalb der Verwaltung als auch externe Akteure. Ziel ist es deshalb, Planungszeiträume (und damit die Vorbereitung von Entscheidungen) möglichst kurz und die Partizipation möglichst kompakt zu handhaben, so dass diese zwar Transparenz schafft aber den Prozess nicht unnötig in die Länge zieht.

Wunschkonzerte sind kontraproduktiv, es geht um den langen Atem...

Beteiligung erfordert zunächst eine Investition von Ressourcen, Personal, Zeit und Geld. Langfristig wird damit eine höhere Akzeptanz von Maßnahmen erreicht, die den Einsatz am Anfang lohnen. Wichtig ist es, bereits von Beginn an deutlich klar zu machen, welche Entscheidungsspielräume bestehen, um keine falschen Hoffnungen zu wecken. Hilfreich sind Workshops im Vorfeld, um intern aber auch extern Ziele genauer zu formulieren. Wichtig ist ein übersichtliches Planungsverfahren, die klare Darstellung, um was für ein Verfahren, um welche Zeitdauer es sich handelt und wann das Projekt umgesetzt werden kann.

Interne Beteiligung ist mindestens genauso wichtig...

Unter dem Schlagwort „integriertes Verwaltungshandeln“ verstehen die Workshopteilnehmer das Erfordernis, innerhalb der Verwaltung zu einer gemeinsamen Linie zu finden. Dabei ist abzuwägen, ob es sinnvoll ist, die Bandbreite des Verwaltungshandelns und der unterschiedlichen Ansichten für die Bürger transparent zu machen.

Externe Beteiligung ist ein kulturelles Projekt...

Um die Öffentlichkeit zu informieren, kann man Multiplikatoren gezielt ansprechen und intensiv und umfassend beteiligen. Insgesamt sollten Kenntnisse über stadtrelevante Wasserthemen verstärkt durch informelle Maßnahmen wie „Wasser-Spaziergänge“, Bürgerbildung, Kulturprojekte, Kulturleitpfade etc vermittelt werden. Hierdurch lassen sich Projekte zum Thema Wasser bereits im Vorfeld stärker in Wert setzen.

3 Regionale Kooperation und Tourismus

Einige Leitsätze lauten:

Wasser hat besondere Kräfte und Dynamiken, die man auch und gerade im regionalen Zusammenhang beachten muss. Wasser ist nur mit und aus der Region heraus entwickelbar. Wasser birgt verschiedene Traditionen in sich. Wasser schafft Identität in den Städten, Stadtregionen und Regionen. Wasser ist sowohl harter als auch weicher Standortfaktor. Gewässer bedeuten in Bezug auf Freizeit und Tourismus Entschleunigung. Sie betreffen und interessieren Menschen aller Altersgruppen, Nationalitäten und Schichten.

Gesamtkonzepte werden gebraucht...

Insgesamt wird Wasser als ein Antrieb der Stadt- und Regionalentwicklung eingeschätzt. Wichtig ist das Sichtbarmachen des Wassers. Es muss Zugänge zum Wasser geben, um ein Bewusstsein für die Thematik, auch die Umweltbelange, zu erreichen. Die Voraussetzung für jede Nutzung ist eine gute Gewässerqualität. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Gewässerpflege und des schonenden Umgangs mit diesem Potenzial. Gefragt sind u.a. touristische Konzepte, die auf die Gesamtstadt ausstrahlen und über Synergien einen Mehrwert generieren. Hierbei ist hilfreich, dass regionale Wasserangebote die Verweildauer von Gästen in der Region erhöhen, aber zugleich das Freizeitpotenzial vor Ort stärken.

„Vom Bergmann zum Seemann“ – „Vom Werftarbeiter zum Bootsverleiher“...

Es braucht neue Nutzungs- und Betreiberkonzepte, wie man Orte am Wasser entwickeln kann. Hierfür sollte ein integrierter Ansatz gewählt werden, um diese auch stabil, konfliktarm und finanzierbar zu gestalten. Werden die Nutzungskonzepte umgesetzt, wird das Wasser wieder erlebbar. Attraktive Nutzung von Orten am Wasser, aber auch die Nutzung des Wassers selbst kann Einnahmequellen erschließen und Arbeitsplätze schaffen (das kann in Bremen auch bedeuten, Industrie zu erhalten oder in Nürnberg eine Strategie zum sparsamen Umgang mit Wasser zu kultivieren...).

Passende Arbeits- und Entscheidungsstrukturen...

Eine Steuerungsgruppe, die als Multiplikator und Unterstützer für Projekte wirkt, kann als strategisch orientierte und regional bezogene Informations- und Kommunikationsstelle wirken und so Konflikte vermeiden helfen. Sie kann als interkommunale, länderübergreifende Struktur auf freiwilliger Basis verschiedenste Akteure, Experten und Betroffene an einen Tisch bringen, um Entwicklungen zu beschleunigen. Für die Zukunft müssen verstärkt private Akteure und die Bürgerschaft einbezogen werden, um Projekte zu entwickeln und zu realisieren.

Jede Stadt hat ihr eigenes Wasser...

Die drei Städte haben dabei unterschiedliche Herangehensweisen entwickelt. Während in Leipzig alle Maßnahmen unter einem regionalen Gesamtkonzept für einen „Gewässerverbund“ subsumiert werden, addieren sich in Bremen und Nürnberg verschiedene einzelne Projekte zu einem flexiblen Ganzen. So verfolgen alle drei Städte eine auf ihr Gewässersystem und ihren Raum angepasste, spezifische Strategie. Um Nutzungskonflikten zwischen Wirtschaft - Freizeit - Natur und Umwelt frühzeitig zu begegnen ist bspw. im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Nürnberg am Wasser“ eine Kartierung der Wasserläufe in der Stadt avisiert, auf die alle Ressorts bei Vorhaben zurückgreifen können.

Fazit (1. Skizze Positionspapier)

Wasser ist ein stadtre regionales Projekt

Regionale Prozesse hinsichtlich des Themas „Wasser“ funktionieren aufgrund des naturräumlichen Zusammenhangs aber auch seiner wirtschaftlichen Funktionen. Zudem fordern rechtliche Bedingungen und damit verknüpfte Fördermittel eine regionale Zusammenarbeit. Die drei Städtepartner verfolgen dabei unterschiedliche, auf die jeweilige Situation zugeschnittene Ansätze. Allen gemeinsam ist die Erkenntnis, dass Projekte Vermittler brauchen, die Brücken schlagen zwischen den Belangen des Naturschutzes, der Wirtschaft und der Stadtplanung. Gemeinsam setzt man sich bspw. für eine gute Wasserqualität ein, da diese Voraussetzung für jede Nutzung ist.

Entwicklungskonzepte für Wasser-Regionen haben einen langfristigen Zeithorizont und kurzfristige Handlungsbedarfe gleichermaßen

Künftig braucht es den Mut der Fördermittelgeber, auch Projekte zu fördern, die einen langfristigen Horizont haben und deren positive Auswirkungen nicht unmittelbar monetär gemessen werden können. Wesentliche Frage sowohl für die regionale als auch die städtische Betrachtungsebene ist: Wie kann es gelingen, den Spagat zu meistern, Planungsprozesse zu entzerren, kurzfristig freigegebene Mittel in wirkungsvolle Projekte zu leiten und dabei die Beteiligung und enge Einbindung der Bürger und Akteure zu gewährleisten?

Adressen am Wasser müssen (städtebaulich) gestaltet werden

Wasser-Kooperation bei innerstädtischen Themen funktioniert vor allem aufgrund eingeübter förmlicher und informeller Beteiligungsverfahren. Der Städtebau hat hier eine gestalterische Kompetenz, das Medium Wasser einen konkreten Bezug zur Lebensqualität der Bürger.

Beteiligung ist das A und O

Die zentrale Herausforderung besteht darin, die komplexen und fachlich komplizierten Ziele den Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form zu vermitteln. Hierzu wird es notwendig sein, verstärkt neue Beteiligungsformen zu entwickeln und neue Medien zu nutzen. Gefragt sind integrierende Ansätze für den Instrumentenkoffer Stadtbau. Ziel ist es, Planungszeiträume möglichst kurz und die Partizipation möglichst kompakt zu handhaben.

Vereinbarungen zur weiteren Arbeit in der Projektfamilie

Die Workshopteilnehmer äußern den dringenden Bedarf, den Austausch in der Projektfamilie über das Thema der Beteiligung verschiedener Ressorts innerhalb der Verwaltung (Stichwort: integriertes Verwaltungshandeln) fortzusetzen. Gesucht werden Möglichkeiten, die unterschiedlichen Perspektiven der Fachämter zusammenzubringen und einen gemeinsamen Standpunkt zu generieren.

Hinweis auf Material zum Workshop

- *Präsentation Dirk Hüter (Bremen)*
- *Präsentation Angela Zábajnik (Leipzig)*
- *Präsentation Maria Martens und Sarah Grünfelder (Nürnberg)*

Abendveranstaltung „Kultur und Einzelhandel in der Region Bremen“

Ein Spaziergang durch den ehemaligen Space Park in der Überseestadt – diesmal führt der Weg durch ein Einkaufszentrum – zum Schiffsanleger an der Weser gibt Gelegenheit, Bremen am Wasser kennenzulernen und sich auch „Familien-übergreifend“ auszutauschen. Die Tour mit dem Schiff zurück in die Innenstadt, wo bereits der Bremen-Bus bereitsteht, der die Gäste über die Stadtgrenze hinweg durch das Gewerbegebiet mit dem Ochtum Park zur Soirée des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen auf Gut Varrel bringt. Ein Abstecher über die Parkplätze des weitläufigen Einkaufsparks mit innenstadtrelevanten Factory Outlets direkt an der Stadtgrenze von Bremen stimmt bereits auf das Thema des Abends ein.

Nach einer Begrüßung durch Manfred Cordes, Bürgermeister der Gemeinde Oyten und Vorsitzender des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e. V. und einer musikalischen Einstimmung auf das in der Region bevorstehende GartenKultur-MusikFestival hält der Berliner Kulturosoziologe Dr. Albrecht Göschel einen amüsant philosophischen Vortrag über das Thema „Konsum und Sein“. Auf diese Weise eingestimmt, moderiert Otmar Willi Weber von Radio Bremen anschließend ein Podiumsgespräch über die Steuerung des großflächigen Einzelhandels. Mit ausgewählten Gästen aus den drei koopstadt-Städten sowie der Region Bremen spricht er über die besondere Herausforderung kommunaler und regionaler Abstimmungs- und Entscheidungsstrukturen. Von zentraler Bedeutung ist, dass jede Stadt und jede Gemeinde attraktive, lebendige Zentren braucht, die wesentlich vom Einzelhandel beeinflusst werden. Kommunale Entscheidungen über neue Einzelhandelsgroßprojekte sind deshalb ein Schlüssel für die Stadt- und Ortsentwicklung, aber zugleich das Zünglein an der Waage für eine erfolgreiche Kooperation. Angesichts der Herausforderungen, die sich aus einer zunehmend alternden Gesellschaft im Zusammenhang mit der täglichen Nahversorgung ergeben, sind gemeinschaftliche und nachhaltige Strategien gefordert.

Für Bremen und seine Nachbargemeinden ist die Landesgrenze eine besondere Herausforderung. Als Lösungsansatz hat sich in der Region Bremen ein Kommunalverbund auf Vereinsbasis gegründet. Die Gemeindenachbarn wollen sich hier auf Augenhöhe und ohne Druck „von oben“ begegnen und partnerschaftlich agieren.

Auch für die Region Leipzig-Halle wäre ein regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept wünschenswert, um Konflikte um großflächige Outlet-Center im Vorfeld zu klären und entschärfen. Ein solches Konzept muss jedoch aus der Region heraus initiiert werden und darf den kleineren Gemeinden nicht von der Großstadt übergestülpt werden.

In Nürnberg ist man überzeugt, dass die Diskussionskultur zwischen großen, mittleren und kleinen Gemeinden auf Augenhöhe zu befördern ist. Die Qualitäten der kleineren Orte müssten von „den Großen“ erkannt und anerkannt werden. Eine wesentliche Voraussetzung für gemeinsame Entscheidungen ist dabei das Vertrauen zwischen den Partnern. Dieses wächst auf anderen Feldern als dem Einzelhandel etwas leichter – beispielsweise bei gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen, wie der Abend eindrücklich dokumentiert.



STAI